

Nr. 16**März 2009**Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
KarlsruheRedaktion
Detlef Hofmann
Kerstin RudolphV.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph
Fraktionsgeschäftsführerin**Sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

in der Gemeinderatssitzung am 2. März 2009 erläuterten die Gemeinderatsfraktionen ihre Vorstellungen und Schwerpunkte zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2009/2010.

Die CDU-Fraktion wird sich für eine Verbesserung der Vereinsförderung und damit des wichtigen ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen einsetzen. Wir stellen uns vor, dass die Übungsleiterpauschale um ca. einen Euro auf dann 5,40 Euro erhöht wird. Da praktisch alle Vereine aktuell erheblich unter den gestiegenen Energiekosten zu leiden haben, wollen wir hier Abhilfe schaffen und werden eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses ab 2009 beantragen. Die Zuschusshöhe soll an den jeweiligen Jugendanteil gekoppelt sein. Letzteres ist uns besonders wichtig, weil hierdurch zugleich die Jugendarbeit der Vereine unterstützt und honoriert wird.

Die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren ist wichtig und unverzichtbar. Die Wehrpauschale, die die Feuerwehren zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren und der Verwaltungskosten erhalten, wurde jedoch seit 1982 nicht mehr erhöht. Wir werden daher beantragen, diesen Betrag - es handelt sich um insgesamt 28.300 Euro - zu verdoppeln.

Auch die Fastnachter wollen wir mit einer moderaten, aber doch spürbaren Erhöhung des Umzugszuschusses ab 2010 in Höhe von 9.000 Euro unterstützen. Der Zuschuss war seit 1987 unverändert geblieben.

Ein weiterer „Leuchtturm“ der CDU-Fraktion wird ein Antrag zur Einrichtung einer Bürgerstiftung sein. Die Stadtverwaltung soll aufgefordert werden, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Zudem werden wir vorschlagen, dass die Stadtverwaltung einen finanziellen Grundstock schafft. Wir sind der Ansicht, dass wir mit einer Bürgerstiftung eine Lücke schließen können und dass sie eine Chance bietet, gezielt bestimmte Projekte, beispielsweise im Jugend- oder Sozialbereich, zu finanzieren. Natürlich meinen wir damit keine Pflichtaufgaben. Vielmehr wollen wir mit der Stiftung Möglichkeiten zur Förderung zusätzlicher freiwilliger Projekte eröffnen. In anderen Städten haben sich ähnliche Modelle bereits bewährt.

Die CDU-Fraktion befürwortet die Maßnahmen im Bereich der Frühen Prävention. Als Ergänzung hierzu sehen wir die Einrichtung einer Vollzeitstelle für eine Familienhebamme. Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU-Fraktion mit einem Antrag dieses Vorhaben angestoßen - nun wollen wir, dass die jährlich erforderlichen 55.800 Euro im Haushalt verankert werden.

Pro Jahr wird der Verkehrsübungsplatz der Verkehrswacht von rund 35.000 Fahranfängern, Begleitern und Sicherheitstrainingsteilnehmern besucht. Die Verkehrssicherheit ist der CDU-Fraktion ein besonderes Anliegen. Dass sich der Verkehrsübungsplatz in einem

stark sanierungsbedürftigen Zustand befindet, halten wir für nicht länger hinnehmbar. Der Landkreis ist bereit, einen Zuschuss in Höhe von 120.000 Euro beizusteuern. Wir werden beantragen, die darüber hinaus erforderlichen 600.000 Euro in den städtischen Haushalt einzustellen.

Mit dem Europabad verfügt Karlsruhe inzwischen über ein „Highlight“ in der Bäderlandschaft. Jedoch liegt uns auch die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der übrigen Bäder in unserer Stadt am Herzen. Das Durlacher Turmbergbad wird gerade von Familien mit Kindern gerne besucht. Zwar sind Mittel für die Sanierung der Duschen und Umkleiden im Haushalt vorgesehen, jedoch nicht für die dringend erforderliche Erneuerung des Planschbeckenbereiches. Die CDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die hierfür benötigten 1,09 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die CDU-Fraktion wird zudem in vielen Bereichen weitere Zuschüsse beantragen. Beispielsweise wollen wir, dass der Stadt- und Kreisverband der Hörgeschädigten die erforderlichen Mittel zur Einstellung einer Gebärdendolmetscherin erhält und dass die notwendigen Mittel zur Fortführung des erfolgreichen Heroinmodells vorgehalten werden. Weiterhin werden wir einen projektbezogenen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro für die Durchführung verschiedener Aktivitäten anlässlich des Hebeljahrs 2010 sowie weitere 10.000 Euro für die Veröffentlichung der dem Stadtarchiv übergebenen Briefe der Familien Niedermann und Westheimer aus Gurs beantragen. Die Neubaumaßnahmen des Tollhauses wollen wir zusätzlich mit der Gewährung eines zinslosen Darlehens unterstützen.

Der Haushaltsplanentwurf des Oberbürgermeisters beinhaltet ohnehin schon viele wichtige Investitionsvorhaben, vor allem im schulischen Bereich. Damit hat der Oberbürgermeister unsere Forderung aufgenommen, den Sanierungsstau in den nächsten fünf Jahren sukzessive abuarbeiten. Mit unseren Anträgen wollen wir zusätzliche Akzente setzen und Karlsruhe als familienfreundliche Stadt weiter ausbauen und den Wirtschaftsstandort Karlsruhe stärken.

Ihre **Gabriele Luczak-Schwarz**
Fraktionsvorsitzende

Die Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden Gabriele Luczak-Schwarz kann über die Homepage der CDU-Fraktion abgerufen oder bei der Fraktionsgeschäftsstelle angefordert werden.



**Fraktionsvorsitzende
Gabriele Luczak-Schwarz**

Nordtangente / Verbesserung der Verkehrserschließung im Karlsruher Norden

Ein kommunalpolitischer Dauerbrenner beherrschte in den letzten Wochen die Schlagzeilen, die Nordtangente. Nachdem die Fraktionen von SPD, KAL und GRÜNEN bereits Anträge, die auf einen Abschied von einer durchgehenden Entlastungsstraße im Norden unserer Stadt zielten, gestellt hatten, schlug Oberbürgermeister Heinz Fenrich in seiner Haushaltsrede am 20. Januar 2009 vor, „das Verkehrskonzept im Karlsruher Norden neu zu überdenken und neu zu bewerten.“ Die Stadt solle künftig ihre ganze kommunalpolitische Kraft auf die Teilstücke zwischen der Elfmorgenbruchstraße und der Haid-und-Neu-Straße im Osten sowie zwischen 2. Rheinbrücke und B 36 im Westen konzentrieren.

Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass die Nordtangente im Sinne einer optimalen Verkehrsinfrastruktur die richtige Maßnahme ist. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme ist im übrigen schon dadurch dokumentiert, dass der Bund sie in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und sich an der Finanzierung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord beteiligt hat. Klar hatte der Bund auch die Hausaufgaben für die Stadt Karlsruhe formuliert: Stadt plane den Mittelteil, also die „Hängebauchvariante“, erst dann können Bundesmittel zur Verwirklichung des Ostteils, in dem bereits heute Baurecht besteht, fließen. Folglich hatte sich die CDU-Fraktion dazu entschlossen, die Stadtverwaltung im Rahmen eines Antrags (siehe unten) zur

Beplanung des Mittelteils - Theodor-Heuss-Allee bis Linkenheimer Landstraße - aufzufordern. Dieser Antrag fand in der Gemeinderats-sitzung am 27. Januar 2009 keine Mehrheit.

Hilfsweise hatte die CDU-Fraktion vorgeschlagen, entsprechend dem Vorschlag des OB in seiner Haushaltsrede in Verhandlungen mit Bund und Land über die Finanzierung und Verwirklichung der beiden Teilstücke im Osten und Westen einzutreten. Darüber hinaus ist es uns aber wichtig, dass für das dann noch fehlende Trassenstück von der Haid-und-Neu-Straße bis zu Theodor-Heuss-Allee ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt wird.

Wir meinen, dass mit diesen „Hilfs-Maßnahmen“ zumindest deutliche Entlastungseffekte für die von starkem Verkehr betroffenen Stadtteile Hagsfeld und Knielingen, aber vor allem auch für die Anwohner an der Südtangente erreicht werden können.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wurden sämtliche Anträge zu diesem Thema in die Nordtangentenkommission verwiesen und werden dort weiter beraten werden, denn momentan ist noch keiner der Vorschläge entscheidungsreif. Oberbürgermeister Fenrich sieht aber „durchaus Chancen, Bund und Land in einem neu definierten Netz als Baulasträger zu gewinnen.“ Eine Aufgabe unseres Rechtsanspruchs aus dem Bundesverkehrswegeplan kann jedoch nur erfolgen, wenn dieses neue Konzept Zug um Zug realisiert wird.

Antrag der Stadträte Gabriele Luczak-Schwarz, Thorsten Ehlgötz, Tilman Pfannkuch, Dr. Hans-Jürgen Vogt, Bernhard Weick und Ingo Wellenreuther vom 21. Januar 2009

1. Die Stadtverwaltung erstellt konkrete Planungen für den Mittelteil der Nordtangente (von der Theodor-Heuss-Allee bis zur Linkenheimer Landstraße) in der so genannten „Hängebauchvariante“.

2. Hilfsweise: Die Stadt wird aufgefordert, eine Realisierung der Trasse im Westen bis zur B 36 und im Osten bis zur Theodor-Heuss-Allee voranzutreiben.

Dazu wird in Ergänzung des Antrags der CDU vom 05.05.08 (TOP 5 a) entsprechend dem Vorschlag des Oberbürgermeisters in seiner Haushaltsrede die Stadtverwaltung aufgefordert, konkrete Gespräche und Verhandlungen mit den zuständigen Bundes- und Landesstellen zu führen mit dem Ziel,

a) einen Lückenschluss zwischen der 2. Rheinbrücke und der B 36 einerseits und

b) eine Netzverbindung zwischen dem BAB-Anschluss Karlsruhe-Nord / B 10 und der L 560 (Haid-und-Neu-Straße) andererseits zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich des Teilstücks Haid-und-Neu-Straße bis Theodor-Heuss-Allee ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion setzt sich seit vielen Jahren für die Verwirklichung einer Entlastungsstraße im Norden Karlsruhes ein. Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist und bleibt die Nordtangente die einzige und beste Möglichkeit, um sämtliche Entwicklungspotenziale für unsere Stadt auszuschöpfen, der Wirtschaft verbesserte Standortbedingungen zu bieten und die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen von starkem Verkehr zu entlasten. Eine möglichst optimale Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Wirtschaftskraft und der Attraktivität unserer Stadt als Zentrum der TechnologieRegion.

Daher hatte sich die CDU-Fraktion im Mai 2008 dafür eingesetzt, dass die Stadtverwaltung mit den Straßenbauverwaltungen des Bundes und Landes in Kontakt tritt und die Möglichkeiten zur Realisierung einer Straßenverbindung zwischen Rhein und B 36 sowie zwischen dem BAB-Anschluss Karlsruhe-Nord und der Haid-und-Neu-Straße erörtert. Um jedoch die erforderliche durchgehende Verbin-

dung im Norden zu erreichen, ist eine konkrete Beplanung des Mittelteils der Nordtangente durch die Stadt Karlsruhe unabdingbar. Hinzu kommt, dass allein eine schlüssige Verbundplanung die Mittel für den planfestgestellten Teil vom BAB-Anschluss Karlsruhe-Nord bis zur Theodor-Heuss-Allee freisetzen würde. Die Stadtverwaltung muss daher aufgefordert werden, für die Trasse zwischen Theodor-Heuss-Allee und Linkenheimer Landstraße in der so genannten „Hängebauchvariante“, die der Beschlusslage des Gemeinderats aus dem Jahr 1982 entspricht, verbindliche Pläne vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund hält die CDU-Fraktion die aktuellen Bestrebungen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und KAL, die auf einen Verzicht der Nordtangente zielen, für kontraproduktiv und falsch.

Da die genannten Fraktionen für die Gemeinderatssitzung am 27. Januar 2009 entsprechende Anträge gestellt haben, ist für die Verwirklichung der Nordtangente zur Zeit offensichtlich keine Mehrheit im Gemeinderat zu finden. Hilfsweise fordern wir deshalb die Stadtverwaltung auf, entsprechend dem Vorschlag des Oberbürgermeisters in seiner Haushaltsrede mit den zuständigen Stellen bei Bund und Land in konkrete Verhandlungen einzutreten, damit zumindest die notwendigen Verbindungsstraßen im Osten (BAB-Anschluss Karlsruhe-Nord bis Haid-und-Neu-Straße) in Übereinstimmung mit dem bestandskräftigen Bebauungsplan und im Westen (2. Rheinbrücke bis B 36) realisiert werden können. Zudem ist hinsichtlich des Teilstücks Haid-und-Neu-Straße bis Theodor-Heuss-Allee ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen.

Gerade auch vor dem Hintergrund der gerade erst verabschiedeten Konjunkturprogramme, in deren Rahmen erhebliche Mittel für die Verwirklichung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen zu Verfügung gestellt werden, erscheinen entsprechende intensive und zielgerichtete Bemühungen erfolgversprechend. Auch wenn die CDU-Fraktion die Verwirklichung der gesamten Nordtangentrasse langfristig nach wie vor als effektivere und nachhaltigere Maßnahme ansieht, würde sie diese „kleinere Lösung“ mittragen, da mit den genannten Lückenschlüssen im Osten und Westen unserer Stadt zügig deutliche Entlastungseffekte für die verkehrlich besonders stark betroffenen Stadtteile (Hagsfeld und Knielingen) erreicht werden können. Zugleich würde sich die hierdurch entstehende Verkehrsentlastung der Südtangente positiv auf die an der Südtangente gelegenen Stadtteile auswirken.

CDU-Fraktion steht Erster Bürgermeister zu

Die CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat hat im Jahr 2008, als es um die Nachfolge des damaligen Ersten Bürgermeisters Siegfried König ging, auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. „Dies deshalb, weil Bürgermeisterin Margret Mergen vergleichsweise kurz im Amt war und Bürgermeister Wolfram Jäger erst noch gewählt werden musste“, wiederholt Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz nochmals die damals vorgetragenen Argumente. „Hinzu kam, dass die Arbeit des jetzigen Ersten Bürgermeisters Harald Denecken fraktionsübergreifend geschätzt wurde und schon damals klar war, dass er aufgrund des baldigen Erreichens der Altersgrenze nur für einen sehr überschaubaren Zeitraum den EB-Posten würde ausüben können.“ Davon, dass man sich einen angeblichen „parteiinternen Konflikt“ habe ersparen wollen, könne daher überhaupt nicht die Rede sein.

Schon im Vorfeld der Wahl von Harald Denecken zum Ersten Bürgermeister hat die CDU-Fraktion klar und deutlich erklärt, dass ihr als mit Abstand größter Fraktion im Karlsruher Gemeinderat dieser Posten - wie in der Vergangenheit schon üblich - zusteht. „So wie der SPD-Fraktion nun das Vorschlagsrecht für die Nachfolge des Sozialbürgermeisters zusteht, wird die CDU-Fraktion ihren Anspruch auf den Posten des Ersten Bürgermeisters geltend machen“, erklärt Gabriele Luczak-Schwarz abschließend.

CDU-Fraktion informierte sich über Ekol Privatschule

Vor Ort hat sich die CDU-Fraktion Karlsruhe über die Arbeit der Ekol Privatschule in der Schauenburgstraße informiert.

Träger der Schule ist der Deutsch-Türkische Bildungskreis (DTB). Cebrail Özay, DTB-Vorsitzender, berichtete, dass inzwischen 65 Schülerinnen und Schüler die Privatschule besuchen. „Besonders erfreulich ist, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund auf die Ekol Privatschule gehen“, sagte Özay. Die Schule lege vor allem Wert auf kleine Klassen und biete zudem Ganztagesbetreuung und ein Mentorenprogramm an.



(v.li.) Cebrail Özay, Bettina Meier-Augenstein, Kerstin Rudolph, Hubert Buchmüller, Christa Köhler, Marianne Krug, Wolfram Jäger, Bernhard Weick, Margret Mergen, Manfred Bilger

„Da die Schule immer weiter wächst, sind wir zur Zeit auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten“, erläuterte Cebrail Özay weiter. Bettina Meier-Augenstein, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte zu, die Fraktion werde bei Bedarf behilflich sein und den DTB bei seiner Suche nach Kräften unterstützen.

Bettina Meier-Augenstein lobte darüber hinaus besonders die Bemühungen der Ekol, die Eltern in die Arbeit und die Aktivitäten der Schule einzubeziehen. „Besonders interessant klingen für uns zudem die sogenannten Abenteueritage, bei denen die Kinder am Wochenende auf freiwilliger Basis an einem Mix aus Unterricht und Freizeitaktivitäten teilnehmen können.“

Anträge der CDU-Fraktion

Anpassung der Vergaberichtlinien

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat am 17. Februar 2009 bekannt gegeben, dass per Verwaltungsvorschrift die Voraussetzungen geschaffen wurden, dass die Vergabestellen der Landesverwaltung ab 1. März 2009 und befristet bis Ende 2010 Bauleistungen bis zu 100.000 Euro freihändig vergeben und bis zu einer Million Euro beschränkt ausschreiben können. Für Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro wird die Wahl zwischen beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe möglich. Für Aufträge, die oberhalb der EU-Schwellenwerte liegen, können die Fristen verkürzt werden.

Das Land hat den Kommunen empfohlen, ebenso zu verfahren. Die Regelung des Landes steht in Einklang mit den von der Bundesregierung am 27. Januar 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossenen Verfahrenserleichterungen.

Die CDU-Stadträte Gabriele Luczak-Schwarz und Dr. Klaus Heilgeist setzen sich daher mit einem Antrag dafür ein, dass die städtischen Vergaberichtlinien entsprechend angepasst werden. Die CDU-Fraktion erhofft sich hierdurch insbesondere eine Stärkung der örtlichen und regionalen Handwerks- und Gewerbebetriebe und damit des Mittelstands.

Einrichtung eines Musikgymnasiums

CDU-Gemeinderatsfraktion und CDU-Kreisverband Karlsruhe-Stadt begrüßen die Pläne der baden-württembergischen Landesregierung, ein Gymnasium für musikalisch hochbegabte Schülerinnen und Schüler einzurichten.

In einem Antrag fordern die CDU-Stadträte Gabriele Luczak-Schwarz, Christiane Staab, Detlef Hofmann, Marianne Krug und Ingo Wellenreuther MdB deshalb, dass die Stadt mit den zuständigen Landesstellen mit dem Ziel verhandelt, in Karlsruhe ein solches Musikgymnasium zu schaffen.

„Bereits seit vielen Jahren betont die CDU, dass das Musikprofil des Helmholtz-Gymnasiums gestärkt werden muss“, erklärt CDU-Kreisvorsitzender und Stadtrat Ingo Wellenreuther MdB. „Im aktuellen Programm zur Kommunalwahl im Juni 2009 ist daher auch die Forderung nach der Einrichtung eines Spezial-Musikgymnasiums für musikalisch Hochbegabte in Form eines eigenständigen dritten Zuges am Helmholtz-Gymnasium in enger Kooperation mit der Hochschule für Musik und unter Einbindung des Badischen Konservatoriums enthalten“, so Wellenreuther weiter. Allerdings stehe man auch anderen Überlegungen, die auf die Errichtung eines eigenständigen Musikinternats in Karlsruhe zielen, offen gegenüber.

„Wir sind der Ansicht, dass Karlsruhe der geeignete Standort für ein Musikgymnasium ist“, sagt Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz. Karlsruhe verfüge über optimale Voraussetzungen und mit der Hochschule für Musik über eine renommierte Einrichtung auf diesem Gebiet. Insofern wäre ein solches Gymnasium eine hervorragende Ergänzung und ein Alleinstellungsmerkmal.

„Wir sehen einen Bedarf, musikalisch außergewöhnlich begabte Schülerinnen und Schüler frühzeitig, gezielt und individuell zu fördern“, fügt Gabriele Luczak-Schwarz hinzu. Man erwarte deshalb mit Interesse die konkreteren Pläne der Landesregierung und sei gespannt auf die Ergebnisse der zu führenden Gespräche.

CDU-Fraktion vor Ort in der Nordstadt

Trotz Schneetreibens nahmen Mitte Februar 2009 zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger an der Begehung in der Nordstadt sowie dem anschließenden Bürgergespräch im NCO-Club teil. Die Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, Gabriele Luczak-Schwarz, sowie der Vorsitzende der CDU Nordstadt, David Ruf, konnten unter anderem den Leiter des städtischen Amtes für Bürgerservice und Sicherheit, Björn Weiße, sowie seinen Stellvertreter, Günter Cranz, begrüßen.



(v.li) David Ruf, Gabriele Luczak-Schwarz, Björn Weiße, Günter Cranz

An der Kreuzung Erbergerstraße/Knielinger Allee wurde vorgelesen, dass viele Autofahrer darüber aufgeklärt sind, dass Radfahrer auf der Straße fahren. Björn Weiße bestätigte, dass dies den Radfahrern dort jedoch erlaubt sei, da es sich um eine 30er-Zone handele. Eine zusätzliche Beschilderung sei allerdings nicht möglich, da der Gesetzgeber davon ausgehe, dass in einer Tempo-30-Zone ohnehin alle Verkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nehmen.

Von den Radfahrern wird immer wieder bemängelt, dass viele Gehwege in der Nordstadt nicht abgesenkt und die Wege nicht optimal strukturiert sind. Nach Meinung von Gabriele Luczak-Schwarz muss insofern eine Gesamtkonzeption erarbeitet werden.

Weiter ging es um die örtliche Nahversorgung, die in der Nordstadt mit drei Lebensmittelmärkten recht gut ist. Erfreulich ist auch, dass der neue Pächter des Supermarktes in der Erbergerstraße angekündigt hat, bei entsprechender Kundenresonanz weitere Filialen eröffnen zu wollen. Sehr unzufrieden sind die Bürger mit den derzeitigen Abholmöglichkeiten für Pakete. Nicht zustellbare Pakete müssen demnach von den Bürgern bei der Postagentur in Neureut oder der Nordweststadt abgeholt werden. Hier wäre die Einrichtung einer Paketstation vor Ort in der Nordstadt sehr sinnvoll.

Ein Dauerbrenner in der Nordstadt sind die Lärmbelästigungen und Störungen rund um die Diskothek „Nachtflieger“. Dabei sei nicht die Musik aus dem Tanzlokal selbst das Hauptproblem, berichtet Erik Müller, stellvertretender Vorsitzender des Bürgervereins Nordstadt. Vielmehr würden sich viele Diskobesucher an den Haltestellen und Parkplätzen vor den umliegenden Wohnhäusern treffen. Dabei werde getrunken, gegrölt und oftmals auch randaliert. „Hier kann sicherlich ein kommunaler Ordnungsdienst, für dessen Einrichtung sich die CDU-Fraktion stark macht, für Verbesserungen sorgen“, sagte Gabriele Luczak-Schwarz. Auch im Umfeld der Marylandschule kommt es immer wieder zu Lärmbelästigungen. Doch da der Schulhof gleichzeitig ein öffentlicher Weg und wichtiger Durchgang ist, ist es nicht möglich, ihn Abends abzusperren. Abschließend wurde darüber diskutiert, wie die Sauberkeit im Stadtteil insgesamt verbessert werden kann. Auch insofern könne ein kommunaler Ordnungsdienst Vorteile bieten, sagten die BuS-Vertreter.

CDU-Fraktion im Gespräch mit Vertretern der Karlsruher Bürgervereine

Zu einem umfassenden Gedankenaustausch, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehenden gemeinderätlichen Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/2010, traf sich die CDU-Gemeinderatsfraktion mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) sowie den Vorsitzenden der Bürgervereine. Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz konnte neben zahlreichen Bürgervereinsvertretern auch den AKB-Vorsitzenden Professor Dr. Wolfgang Fritz begrüßen.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen stadtteilbezogene Themen, aber auch Fragen des Lärmschutzes oder der Verkehrsentwicklung wurden beraten.

Den Bürgervereinsvertretern war es zudem wichtig darauf hinzuweisen, dass es für die einzelnen Stadtteile konkrete Entwicklungsaussichten und Entwicklungsprogramme geben müsse. In diese könnten dann auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Gabriele Luczak-Schwarz verwies insofern auf die entsprechenden Vorgaben des Masterplan Karlsruhe 2015 sowie die Planungen zum Stadtgeburtstag 2015. Sie erklärte weiter, dass es der CDU-Fraktion besonders wichtig sei, die Stadtteile zu stärken und deren Attraktivität weiter zu steigern.

Für die Bürgervereinsvertreter ist darüber hinaus die Förderung der örtlichen Vereine ein wesentliches Anliegen. „In der Politik der CDU-Fraktion ist die Stärkung der Vereinsarbeit und die Unterstützung des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements ein ganz elementarer Baustein“, sagte Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz. Die CDU-Fraktion werde sich hier für eine ausgewogene und angemessene Förderung einsetzen.

CDU-Fraktion vor Ort:

Auch in den kommenden Wochen und Monaten wird die CDU-Fraktion wieder Veranstaltungen vor Ort in den Stadtteilen durchführen. Bitte achten Sie auf die Anzeigen in der örtlichen Presse oder informieren Sie sich auf unserer Homepage.

Am **Mittwoch, 11. März 2009, 18.30 Uhr**, besucht die CDU-Fraktion **Beiertheim-Bulach** (Gaststätte „S'Häusle“, St.-Florian-Straße 14) und informiert sich über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Weitere Bürgergespräche werden am 16. März für die Weststadt, am 2. April für Daxlanden und Grünwinkel sowie am 7. April für Rüppurr und Weiherfeld-Dammerstock angeboten. Sie sind alle herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren.

Bei Fragen oder Anregungen wenden Sie sich gerne an Ihre Karlsruher CDU-Stadträtinnen und CDU-Stadträte:

Gabriele Luczak-Schwarz
Bettina Meier-Augenstein
Christiane Staab
Thorsten Ehlgötz
Dr. Thomas Müller
Tilman Pfannkuch
Rainer Weinbrecht

Ingo Wellenreuther MdB
Manfred Bilger
Hubert Buchmüller
Andreas Erlecke
Dr. Klaus Heilgeist
Detlef Hofmann

Dr. Albert Käuflein
Christa Köhler
Marianne Krug
Sven Maier
Dr. Hans-Jürgen Vogt
Bernhard Weick